

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 302

28. Jan. 2004

10. Jahrgang

"Viele glauben, die Hebamme sei *Allgemeingut*"

Im Departement Quetzaltenango gibt es rund 2000 traditionelle Hebammen. 600 davon sind in der *Coordinadora Departamental de Comadronas Tradicionales de Quetzaltenango* (CODECOT) zusammengeschlossen. Über die Ideologie und die Arbeit der CODECOT erzählen Maria Cecilia Escobar, Maria Ángela Sacor Acabal, Ignacia Chaj Tiu, Mitglieder des Vorstands der Organisation, im nachfolgenden Interview.

Frage: Wann, wie und weshalb ist die Organisation entstanden?

Maria Cecilia Escobar: Unsere Organisation erhielt am 13. September 2002 ihren legalen Status. Doch Ángela und ich arbeiten schon seit 2000 an diesem Projekt. Wir wollten die Hebammen der Regionen Mam und Quiché zu einem Treffen einladen. Dies war der Beginn von regelmässigen Zusammenkünften, und wir begannen schon bald, uns eine legale Organisationsstruktur zu überlegen. Wir stellten ein Organigramm auf, machten eine Zustandsanalyse und definierten die Themen, die wir bearbeiten wollten.

Frage: Welches sind diese Themen?

M.C.E.: Zum einen ist es die schlechte Behandlung, der wir als indigene Hebammen in den Krankenhäusern ausgesetzt sind. Dann die Nicht-Anerkennung unserer Arbeit, die Diskriminierung und Skepsis, mit der man uns im Gesundheitssektor generell begegnete.

Ignacia Chaj Tiu.: Ein Teil unserer Arbeit ist die Bewusstseinsbildung unter den Hebammen. Sie sind es gewohnt, von einer Organisation finanziell unterstützt zu werden. Nun kommen wir, sprechen von "Organisation" und können ihnen nichts Materielles bieten. Es hat uns ziemlich viel Zeit und Überzeugungsarbeit gekostet, die Frauen zu organisieren.

Maria Ángela Sacor Acabal: Maria Cecilia und ich haben vorher für eine Nichtregierungsorganisation gearbeitet. Als diese aber merkte, dass wir ausserhalb der Arbeit mit den Hebammen arbeiteten, setzten sie die Schere an und entliessen uns.

M.A.S.A.: Es hat ihnen nicht gepasst, dass wir unsere eigene Organisation aufbauen wollten. Als wir beide dann draussen waren, haben sie einen Mann als Koordinator ihres Hebammenprojekts eingestellt. Diese NRO hat uns ausgesaugt bis zum Letzten, hat sich all unser Wissen angeeignet und damit sogar ein Buch geschrieben.

In den Kursen, die wir mit den Hebammen durchführten, ging es in erster Linie um einen Erfahrungsaustausch und all dieses Wissen blieb bei der NRO. Heute basiert jener Koordinator seine Vorträge auf diesem Wissen. Was soll das: ein Mann, der dann auch noch Spanier ist, und der Vorträge hält über die Arbeit der Hebammen!? Die haben uns nur als ihre Studienobjekte gesehen!

Diese Erfahrung hat uns darin bestärkt, mit unserer eige-

nen Organisation weiterzumachen. Wir hatten viele Hindernisse zu bewältigen, und manchmal waren wir auch verzweifelt, weil wir kein Geld hatten. Wir konnten nicht einmal die Transportkosten der Kolleginnen bezahlen, wenn sie zu unseren Sitzungen kamen. Das hatte bei vielen zur Folge, dass sie sich von der Gruppe zurückzogen.

Doch wir haben auch Erfolge zu verzeichnen. Seit dem Jahr 2000 haben wir als Vertreterinnen der Hebammen versucht, Aktivitäten mit dem Krankenhaus hier in Quetzaltenango zu koordinieren, was anfänglich unmöglich erschien. Als ich dann als Vertreterin unserer Organisation zum ersten Mal zu einer Sitzung der Krankenhausleitung eingeladen wurde, fragte mich eine Ärztin, was ich dort verloren hätte - dieselbe Frage stellte ich mir auch einen Moment lang.

Zu Beginn der Kooperation wurde ich nicht akzeptiert in diesem Gremium, und beim kleinsten Problem hiess es gleich „die Hebammen hier, die Hebammen dort“. Doch nach und nach habe ich mir Respekt verschaffen können. Eines Tages ging ich sogar so weit, sie zu einem Vergleich herauszufordern: Wenn ein Arzt und eine Hebamme eine Geburt begleiten, wer macht es besser? Die Hebamme macht alles allein, sie betreut das Kind, und sie betreut die Mutter. Der Arzt hingegen betreut nur die Mutter, für das Kind ist der Pädiater zuständig. Und wenn es eine Komplikation gibt, ist die Krankenschwester sofort mit einer Spritze zur Hand. Währenddessen kümmert sich die Hebamme allein um alles. Dieses Beispiel hat sie richtiggehend beeindruckt. Sie sind mir danach mit mehr Vertrauen begegnet.

Derweil sind wir auch im Departementsrat des Gesundheitswesens vertreten. Dort sind fast alle repräsentiert, inklusive das Militär. Auch dort hat die Zusammenarbeit mit Auseinandersetzungen und Problemen begonnen. Aber inzwischen haben wir es geschafft, und ich werde heute ernst genommen. Wir haben z.B. bei der Ausarbeitung der Richtlinien für das *Monitoring* des Krankenhauspersonals mitgeholfen. Auch das hat viele gestört, dass eine Hebamme eine Ärztin begutachtet und nicht umgekehrt.

Frage: Das heisst also, dass Dank Ihrer Arbeit heute die Beziehung zu den ÄrztInnen besser ist?

M.A.S.A.: Ja. Wir haben auch erreicht, dass allen Hebammen ein Namensschild gemacht wurde, mit dem sie sich gegenüber dem Krankenhauspersonal ausweisen können. Jetzt ist es ihnen möglich, zu jeder Zeit mit einer Patientin ins Hospital zu kommen und das Recht auf Behandlung zu haben.

I.C.T.: Wobei gesagt werden muss, dass es auch heute noch ÄrztInnen gibt, die die Hebammen nicht herein lassen und sie sehr schlecht behandeln.

Frage: Die Hebammen arbeiten mit Naturheilmitteln, während im Krankenhaus chemische Heilmittel verwendet werden. Wie ist die Naturmedizin bei den ÄrztInnen akzeptiert?

M.A.S.A.: Auch diesbezüglich haben wir einen Raum geöffnet, der uns bislang verschlossen war. Selbst der Krankenhausdirektor gibt unterdessen öffentlich zu, dass wir Hebammen sehr effektive Heilmittel kennen und sie anzuwenden wissen.

Womit die ÄrztInnen jedoch nicht einverstanden sind, ist die Anwendung von Oxitoxin durch Hebammen. Das Oxitoxin ist ein Mittel, das den Frauen gespritzt wird, um die Geburt zu beschleunigen. Das Problem ist, dass nicht alle Hebammen über den Gebrauch und den möglichen Missbrauch dieses Medikaments informiert sind. Im Krankenhaus heisst es nun, sie wollten die Hebammen im Gebrauch von Oxitoxin unterweisen, weil es manchmal notwendig sei, die Geburt zu beschleunigen, z.B. wenn die Frau starke Blutungen hat, oder wenn die Plazenta nicht kommen will. Das ist die Behauptung, die sie im Krankenhaus vertreten. Aber ich frage mich manchmal, ob es wirklich gut ist, die Hebammen dies zu lehren. Denn nicht alle werden das Medikament gleich anwenden und mit Sicherheit wird es Hebammen geben, die, absichtlich oder nicht, Abtreibungen provozieren. Und wenn solche Geschichten erst einmal öffentlich werden, schaden sie uns nur.

Frage: Sie kennen Ihre eigenen Methoden, um eine Geburt zu beschleunigen?

M.C.E.: Natürlich. Mit der pflanzlichen Medizin können wir zu einer Beschleunigung beitragen, aber wir können sie nicht provozieren. Wir können den Schmerz lindern oder die Frau beruhigen, aber das Kind kommt, wenn es Zeit ist. Es ist wie bei einer Frucht, wenn der Apfel reif ist, fällt er von selber herunter, und wenn er noch nicht reif ist, bleibt er noch etwas hängen. Mit der Geburt ist es genau gleich, ausser natürlich, es gibt ernsthafte Komplikationen. Aber wenn das Kind quer liegt, können wir auch mit dem Oxitoxin nichts ausrichten.

Frage: Viele indigene Frauen wollen nicht im Krankenhaus gebären, weil sie dort schlecht behandelt werden.

I.C.T.: Wir verstehen uns als Vermittlerinnen zwischen dem Krankenhaus und den Frauen in den Dörfern. Wenn wir also eine Risikogeburt betreuen, versuchen wir die Frau zu überzeugen, dass sie ins Kran-

kenhaus geht. Wir versprechen ihr, dass wir sie begleiten, dass wir bei ihr bleiben werden und dafür sorgen, dass sie eine würdevolle Behandlung bekommt.

M.C.E.: Viele Frauen wollen nicht ins Krankenhaus, weil dort ihre Traditionen nicht respektiert werden. Sie sind es z.B. gewohnt, sich im *Chuj* (eine Art Sauna) mit Dampf oder mit heissem Wasser zu waschen. Im Krankenhaus schickt man sie dann unter die kalte Dusche. All diese kulturellen Aspekte sind sehr wichtig. Im Dorf ist die Gebärende in Gesellschaft anderer Frauen, wir sind unter uns, und sie hat Vertrauen. Im Krankenhaus trifft die indigene Kultur auf die Ladino-Kultur. Die ÄrztInnen haben eine sehr "westliche" Art, die Dinge zu sehen. Aber auch hier muss gesagt werden, dass es ÄrztInnen und Krankenschwestern gibt, die uns sehr geholfen haben. Es darf also nicht generalisiert werden.

Frage: Haben Sie nicht Angst, dass in fünf oder zehn Jahren die westliche Medizin sich Ihr Wissen angeeignet hat, es patentieren lässt, und es Ihnen genauso ergeht wie in der anfangs erwähnten NRO?

M.C.E.: Diese Frage haben wir ausführlich diskutiert. Wir sind aber zu dem Schluss gekommen, dass es immer Geheimnisse geben wird, die eine Hebamme nicht preisgibt. Wir sind bereit, unser Wissen zu teilen, aber nicht zu 100%. Wir werden immer einen Teil davon für uns bewahren, wie das unser Volk schon immer getan hat. Immerhin werden 80% aller Geburten in Guatemala zu Hause gemacht und von Hebammen begleitet. Und nur im Fall einer Komplikation gehen die Frauen ins Krankenhaus.

Aber es ist eine wichtige Frage, und als Organisation sind wir uns klar, dass wir unsere Autonomie bewahren wollen. Der Vorschlag wurde uns bereits gemacht: „Wir unterstützen euch, aber ihr unterwerft euch dem System“. Genauso wie in dieser NRO. Wir waren ihr Huhn, das goldene Eier legte. Denn für die Arbeit mit den Hebammen erhielten sie aus dem Ausland Geld. Dies ist der Unterschied zwischen einer "assistentialistischen" NRO und einer Bewegung, in der die Aktivistinnen die Entscheidungen treffen.

Diesbezüglich sind wir uns einig: Wir verkaufen unsere Organisation nicht für ein paar *Centavos*.

M.A.S.A.: Selbstverständlich wollen wir aber bezahlt werden für die Arbeit, die wir für das Krankenhaus leisten. Denn nur so wird unsere Arbeit auch respektiert. Von denen aus könnten wir den ganzen Tag dort arbeiten, solange sie uns nicht dafür bezahlen müssen. Am Schluss haben wir dann positive Resultate erzielt, mit denen sie sich brüsten, aber niemand wird sagen, dass das Dank der Arbeit der Heb-

ammen war.

M.C.E.: Das mit den Namensschildern war genau so eine Geschichte. Jahrelang haben wir die Organisation aus unseren eigenen Mitteln finanziert. Keine von uns hat sonst eine Arbeit, und wir waren auf die Unterstützung unserer Männer angewiesen oder haben uns das Geld vom Essen abgespart. Als wir nun diese Idee mit den Namensschildern hatten, fanden das alle gut. Aber das Problem war, dass wir als Organisation nicht das Geld hatten, diese drucken zu lassen. So verhandelten wir während drei langen Jahren mit dem Verantwortlichen des Krankenhauses und diskutierten mit ihm über unsinnige Details. Letztendlich finanzierten sie die Herstellung unter der Bedingung, dass die Namensschilder als ihr „Produkt“ erscheinen. Alle sind begeistert, und das Krankenhaus bekommt eine Menge Komplimente für die „gute Idee“. Solche Erfahrungen dienen uns als Lehre.

Frage: Es heisst immer, in der Mayakultur spiele die Hebamme eine wichtige Rolle. Sie haben mir aber erzählt, dass eine Hebamme nur 5 oder 10 Quetzales (ca. US-\$ 0,6 - 1,25) für eine Geburt bekommt. Ist das nicht ein bisschen widersprüchlich?

I.C.T.: In einer Privatklinik kostet eine Geburt bis zu 3'000 Quetzales (ca. US-\$ 375,-). Einer indigenen Hebamme bezahlt man je nach Region zwischen 10 und 300 Quetzales (ca. US-\$ 1,25 - 38,-).

M.A.S.A.: Viele Leute glauben, die Hebamme sei "Allgemeingut" eines Dorfes, und deshalb sei es ihre Verpflichtung, eine Geburt zu begleiten, ob man sie nun dafür bezahlt oder nicht. Die Leute finden, dass die Hebamme nichts verdienen muss, weil es ja nicht sie ist, die Schmerzen leidet während der Geburt.

Aber wir wissen alle, dass auch die Hebamme leidet. Sie muss zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit sein, unabhängig vom Wetter, manchmal gibt man ihr während einer langen Geburt etwas zu essen, manchmal nicht. Hier in der Region Mam bezahlt man oft gar nichts, sondern gibt ihr etwas Mais oder Bohnen. Es ist mehr eine Art Trinkgeld denn ein Lohn.

Frage: Frauen werden Hebammen, weil sie eine Gabe dazu haben, ebenso wie die Maya-Priester. Diese hingegen sind sehr geachtet in der Dorfgemeinschaft. Weshalb ist das so?

M.A.S.A.: Weil sie Männer sind und wir Frauen. Eine Frau ist im allgemeinen Denken der indigenen Bevölkerung immer noch "weniger wert" als ein Mann. Ein Mann ist ein Mann und verschenkt seine Arbeit nicht. Die Frau hingegen ist die Dienerin aller.

M.C.E.: Es ist wirklich widersprüchlich. Die Verachtung, mit der die Arbeit der Hebamme konfrontiert ist, hat auch mit der Manipulation durch die westliche Medizin zu tun. Die ÄrztInnen kommen in die Gemeinden und sprechen schlecht über die Arbeit der Hebamme. Und die Leute glauben ihnen. Es gibt aber auch Orte, wo die Hebamme anerkannt ist, wo sie eine wichtige Rolle im Gemeindeleben spielt und eine Art Referenzperson ist. Nicht irgendeine kann Hebamme sein, dazu braucht es eine bestimmte Gabe. Das selbe sagen wir auch von den ÄrztInnen: Entweder sie haben die Begabung dazu oder nicht. Und wenn nicht, widmen sie ihre Zeit besser etwas anderem.

I.C.T.: Selbst um Früchte auf dem Markt zu verkaufen, braucht es einer Begabung. Ein Arzt, soviel Geld er auch in sein Studium gesteckt hat, und so viele Jahre er an der Universität verbracht hat: Wenn er die Begabung nicht hat, kann er nicht mal ein Aspirin verschreiben!

Frage: Wie gehen Sie das Thema der Familienplanung und der Abtreibung an?

M.A.S.A.: Es ist die Pflicht einer Hebamme, die Frauen auf die Existenz und

die Anwendung von Verhütungsmitteln hinzuweisen. Nicht nur die Frauen, sondern auch deren Töchter, wenn diese 10 oder 12 Jahre alt sind. In diesem Alter haben sie ihre erste Menstruation, und es besteht das Risiko, dass sie schwanger werden können - sei es, weil sie es ausprobieren wollen oder weil sie vergewaltigt werden.

Was die Abtreibungen betrifft, das machen wir nicht. Nicht, dass wir nicht immer wieder angefragt würden, Abtreibungen durchzuführen! Aber wir müssen uns da heraushalten. Von den ÄrztInnen wird uns immer wieder vorgeworfen, dass wir Abtreibungen durchführen würden. Ich sage dann immer: „Es sind nicht nur die Hebammen, die Abtreibungen machen, es sind ebenso die ÄrztInnen. Niemand will es gewesen sein, aber die Abtreibungen sind eine Tatsache und werden durchgeführt.“

Frage: Welche Verhütungsmittel empfehlen Sie den Frauen?

I.C.T.: Das kommt sehr auf die Frau und ihre finanziellen Verhältnisse an.

M.C.E.: Wir klären sie über die verschiedenen Verhütungsmöglichkeiten auf, und dann schauen wir mit ihr zusammen,

was in Frage kommt. Diese Beratungen sind individuell und unterschiedlich gut, je nach dem Wissensstand und der Erfahrung der Hebamme. Auch in diesem Bereich können wir bisher leider keine Weiterbildung für die Hebammen anbieten.

M.A.S.A.: In den Dörfern verhüten die meisten Frauen mit der Dreimonats-spritze. Es ist das einfachste, vor allem für Frauen, die die Verhütung vor ihren Männern verstecken müssen. Diese Spritzen kosten zwischen 35 und 50 Quetzales (ca. US-\$ 4,- - 6,25). So lange die Männer nicht bereit sind, sich auch mit dem Thema Familienplanung zu beschäftigen, ist das für viele Frauen die einzige Verhütungsmöglichkeit.

I.C.T.: Wenn der Mann sich auch mit dieser Frage beschäftigen würde, käme er vielleicht auf die Idee, dass auch er etwas machen könnte, z.B., sich operieren lassen. Aber es ist wie überall: Die Frau muss sich um eine Lösung kümmern. Es wird wohl noch acht oder zehn Jahre dauern, bis sich diesbezüglich das Bewusstsein der Männer ändert.

Sie sind sehr optimistisch! Danke für das Interview!

Gratwanderung für AktivistInnen

Guatemala, 13. Jan. Die Tatsache, dass gleich drei renommierte Menschenrechts- und JustizaktivistInnen, namentlich die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum, Helen Mack und der bisherige Leiter des Menschenrechtszentrums CALDH, Frank LaRue das Angebot von Präsident Oscar Berger angenommen haben, in seiner Regierung mit zu arbeiten, löste in der Zivilgesellschaft manchen Zweifel aus. So hält es Menschenrechtsprokurator Sergio Morales für durchaus positiv und wichtig, wenn namhafte Persönlichkeiten, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Justizanwendung stark gemacht hätten, als Mitglied in der Regierung eine Brücke zwischen Zivilgesellschaft und Staatsmacht schlagen könnten. Gleichzeitig sei bei der Regierungsbeteiligung jedoch Vorsicht geboten, dass die Aufnahme gerade dieser genannten Persönlichkeiten nicht die Begrenzung und den Ausschluss der gesellschaftlichen Beobachtung und Prüfung von Regierungsvorgängen mit sich brächte. Gerade diese müssten unbedingt weitergeführt und gestärkt werden.

Rosalina Tuyuc von der Witwenvereinigung CONAVIGUA dagegen ist der Auffassung, dass, solange die Machtstrukturen in den Händen von Militärs und von Personen verblieben, die das Land manipulierten, die AktivistInnen als Mit-

glieder der Regierung nur missbraucht würden, um das Image der aktuellen Staatsführung zu säubern, und sie würden nämlich nicht als vermeintliches Instrument genutzt für den Kampf gegen die Straflosigkeit. Auch Tuyuc betont die Bedeutung der Teilnahme der verschiedenen sozialen Sektoren, besonders im Bereich der Menschenrechte, um von innen heraus eine effiziente Arbeit der staatlichen Einrichtungen zu suchen.

Rigoberta Menchú wird auf eigenen Vorschlag „Botschafterin des guten Willens der Friedensverträge“. „Mir würde diese Rolle gefallen, um Guatemala all die Freundschaftskontakte anzubieten, die mir viele Völker übergeben haben, und um das Vertrauen zurück zu gewinnen, das wir verloren haben.“

In Koordination mit den (Vize-)Präsidentenschaftsgattinnen Wendy de Berger und Myrna de Stein wird sich Rigoberta Menchú dem Kampf gegen den Hunger widmen und mittels einer gemeinsamen Agenda mit der aktuellen Regierungsführung Wege des Dialogs und der Versöhnung in der Gesellschaft suchen.

Helen Mack, Menschenrechtsaktivistin und Mitglied der Myrna-Mack-Stiftung, die sich unter anderem für die Rechtsprechung im Fall ihrer 1990 ermordeten Schwester Myrna engagiert, wird voraussichtlich den Posten einer Sicherheitsberaterin übernehmen. Mack behielt ihre Zu-

stimmung dem Ergebnis einer von ihr geforderten öffentlichen Wahl dieses Beratungsgremiums durch die Zivilgesellschaft vor.

Frank LaRue, der die Übertragung des Leitungspostens der Präsidentialen Menschenrechtskommission COPREDEH akzeptiert hat, wendete sich in einem offenen Brief an die Zivilgesellschaft. Darin erklärt er, dass ihm die Entscheidung äusserst schwer gefallen sei. „Nach 30 Jahren, in denen ich von Seiten der Zivilgesellschaft aus den Respekt und die Förderung der Würde und der Menschenrechte vom Staat gefordert habe, präsentiert sich heute die Einladung, genau dafür auf der Seite der Regierung zu arbeiten. Das lässt mich die Verantwortung spüren, diese Einladung anzunehmen mit dem Ziel, die notwendige Politik in unserem Land in die Wege zu leiten, in dem die Immunität, die Diskriminierung, die Marginalisierung und die wachsende extreme Armut vorherrschen. Es ist klar, dass ich das Amt nur so lange übernehmen werde, solange es den Raum gibt, diese gezeichnete Linie zu verfolgen. Doch sollte sich dieser Raum schliessen, werde ich am gleichen Tag kündigen und zum CALDH und zur Zivilgesellschaft mit demselben Engagement zurückkehren.“

Für ein Jahr wurde innerhalb des Teams des CALDH bereits ein neuer Vorstand gewählt.

Kongressmosaik

Guatemala, 16. Jan. Wenn in einer im Kongress vertretenen Partei ein Abgeordneter um Abwesenheitsurlaub bittet, wird der entsprechende Sitz von einer Vertreterin der gleichen Partei eingenommen. Die jetzige Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GANA) wird es dabei nicht so einfach haben. Der Wegang von Koalitionsabgeordneten, die Posten in der Exekutive eingenommen haben, bringt die fragile Machtbalance zwischen den vier die Koalition GANA konstituierenden Gruppen ins Wanken. Jeder Personenwechsel beinhaltet die Möglichkeit einer signifikanten Mehrheitsverschiebung. Von den 47 Abgeordneten der GANA stehen nun 24 – bekannt als „M17“ – dem Präsidenten nahe. Die übrigen 23 verteilen sich auf die Sitze der Parteien *Patriota*, *Movimiento Reformador* (MR) und *Solidaridad Nacional* (PSN). Diese 50/50-Verteilung auf M17 und die anderen drei Parteien war von Beginn der Koalition an ausgemacht.

Doch es kann noch kritischer kommen, verkündeten doch die Abgeordneten der Koalitionspartei *Patriota*, dass sie unabhängig auftreten oder sogar ihren eigenen Flügel im Kongress stellen werden.

Die übrigen der 158 Kongresssitze verteilen sich folgendermassen auf die Parteien: FRG: 40, da drei der Mitglieder sich „verselbstständigt“ haben, UNE 30 – nachdem Conchita Mazariegos und Rafael Barrios Flores aufgrund der Art und Weise der Amtsverteilung im Kongressvorstand aus der UNE ausgetreten und nun als unabhängige Abgeordnete

arbeiten werden – PAN: 17, Unionistas: 7, ANN: 6, URNG: 2, UD: 2, DCG: 1, DIA: 1.

Laut Politanalysten wird die legislative Arbeit durch den Partei-Rücktritt der Abgeordneten deutlich geschwächt und die Verhandlungen innerhalb des „Hauses des Volkes“ verkompliziert.

„Es wird schwierig sein, im Parlament Bündnisse zu schliessen“, so Renzo Rosal, Direktor der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität *Rafael Landívar*. Für den unabhängigen Analysten Fernando Solís zeitigen die personellen Ausscheidungen die generelle Schwäche der Parteien. Diese ParlamentarierInnen seien so genannte „WahltrittbrettfahrerInnen“, und hätten sich nur bis zum Erreichen „ihres“ Kongresssitzes einer Partei angeschlossen. Solche persönlichen Interessen erschwerten das Funktionieren des politischen Systems noch mehr, so Solís.

Am vergangenen 11. Januar wurde nach langen Diskussionen dennoch der *Pakt der Regierbarkeit* von den Parteien GANA, UNE und PAN unterzeichnet (siehe ¡Fijate! 301), in dem eine der Vereinbarungen bestimmt, dass keine der drei Gruppierungen in ihren Reihen „ÜberläuferInnen“ akzeptiert.

Dem Parlament vorsitzen wird Rolando Morales als Kongresspräsident, Repräsentant der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE).

Mittlerweile ist der Leitungsposten des Bildungsministeriums vergeben: Die zuständige Ministerin, die von den Rektoren der Universitäten *San Carlos*

(USAC), *Rafael Landívar* (URL) und *del Valle de Guatemala* (UVG) als eine von ursprünglich 83 und schliesslich drei KandidatInnen dem Präsidenten Oscar Berger vorgestellt und von ihm auserwählt wurde, heisst María del Carmen Aceña. Sie ist Systemingenieurin, hat einen Masterabschluss in Unternehmensführung und ist Forschungsmitglied des Nationalen Wirtschaftsforschungszentrums CIEN.

Die Vorsitzenden der zehn Kongressparteien haben nun auch die Leitungen der 33 Arbeitskommissionen verteilt. Jeder KommissionschefIn wird dabei über BeraterInnen, einen Etat für die Sitzungen, ein Besuchsbüro und mindestens ein SekretariatIn verfügen. Der Koalition *Grosse Nationale Allianz* steht es zu, in neun Kommissionen zu präsidieren, von denen je eine an die Parteien MR und PSN gehen, die übrigen sieben teilen die Partei *Patriota* und „M17“ unter sich auf.

Die *Republikanische Front Guatemala* (FRG) übernimmt den Vorsitz in acht Kommissionen, die UNE in 6, die Partei des Nationalen Fortschritts (PAN) in 3, die *Unionistas* übernehmen zwei und die übrigen fünf Parteien jeweils eine.

Sieben dieser Arbeitskommissionen sind mit der neuen Legislaturperiode neu geschaffen. Dazu gehören die für Migration, die für Regionale Integration, die sich mit politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Isthmus beschäftigt, eine *Kommission der Sozialen Vorsorge und Sicherheit*, die sich Themen des *Guatemalteckischen Sozialversicherungsinstituts* (IGGS) annehmen wird, eine Kommission für Wohnungsbau, eine für Frauen, eine für Kultur und eine für Kleine und Mittlere Unternehmen.

Die erste Indigene Bürgermeisterin in der Geschichte

Sololá, 08. Jan. Die Selbstachtung der Maya-Frauen zu stärken, zur Rettung kultureller, moralischer und spiritueller Werte beizutragen und ein Klima der Herzlichkeit zwischen Indígenas und Nicht-Indígenas zu schaffen sind die Hauptziele der neuen Indigenen Bürgermeisterin in Sololá, Dominga Vásquez Julajuj, die zusammen mit 46 neu gewählten stellvertretenden Indigenen Bürgermeistern der Gemeinden ihr Amt angetreten hat.

Laut Vásquez funktionierten die Indigenen Bürgermeistereien in Guatemala schon vor der Kolonialzeit. Anthropologische und historische Studien besagen, dass ihre Hauptaufgabe darin bestand, für die Harmonie in der Bevölkerung unter ihrer Rechtsprechung zu sorgen. Der Indigene Bürgermeister intervenierte in Grenzkonflikte, Streitigkeiten zwischen Familien, schloss Ehen und organisierte andere Aktivitäten sozialen und kulturellen Charakters.

Die Indigene Bürgermeisterei in Sololá wurde 1557 offiziell anerkannt und fungierte als Assistenz zur offiziellen Gemeindeverwaltung. Die von Präsident Lázaro Chacón 1927 dekretierte Vermischung der indigenen mit der nicht-indi-

genen Korporation hatte schliesslich die Vernachlässigung der Probleme in den Maya-Gemeinden zur Folge.

Doch das grösste Problem erreichte die indigenen Kommunen mit dem internen bewaffneten Konflikt, während dem die Mehrheit der indigenen Führungspersonlichkeiten verfolgt und ermordet wurden. Die Indigenen Bürgermeistereien, von denen es eine in jedem Verwaltungsbezirk mit indigener Bevölkerung gegeben hatte, verschwanden. Heute gibt es nur noch eine Körperschaft in Sololá, drei im Departement Quiché und eine in Totonicapán, was, so Vásquez, zur Marginalisierung der indigenen Beteiligung am öffentlichen Geschehen nachweislich beigetragen habe.

Die Wahl einer Frau zur Indigenen Bürgermeisterin ist historisch, denn bislang haben stets Männer diesen Posten innegehabt. Für Vásquez stellt dies eine besondere Herausforderung und Verantwortung dar. Die neue Korporation besteht aus elf Mitgliedern, die die verschiedenen Ortschaften und Kantone des Departements repräsentieren, in denen die Maya-Völker der Kakchiqueles, der Quichés und der Tz'utjiles leben.

¡Fijate!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Meinungsäusserungsfreiheit gilt nur für die Presse

Guatemala, 23. Jan. Ein bislang stets vertagter Gerichtsprozess gegen den Briten Bruce Harris, Regionaldirektor von *Casa Alianza*, einer internationalen Organisation zur Verteidigung der Rechte von Kindern, wurde nun aufgenommen. Grund für diesen sind Aussagen, die Harris 1997 bei einer Pressekonferenz des *Nationalen Generalprokurats* gemacht hatte, mit denen er die Rechtsanwältin Susana María Luarca Saracho in vermutliche Verbindung mit illegalen internationalen Adoptionen brachte. Im Auftrag des *Generalprokurats* hatte *Casa Alianza* eine Untersuchung in Bezug auf illegale Adoptionen und Kinderhandel durchgeführt, dessen Ergebnisse Harris am besagten 11. September 1997 bekannt gab.

Seine Aussagen initiierten einen langen, unsauberen Prozess, während dem die Beschuldigte Luarca Saracho, dazumal Ehefrau des ehemaligen Präsidenten

des Höchsten Gerichtshofs (CSJ), Ricardo Umaña, alles versuchte, um Harris dazu zu bringen, seine Behauptung zu widerrufen. Luarca beschuldigt diesen nun der Diffamierung, des Meineides und der Verleumdung. Da in Guatemala ersteres Delikt als Strafsache und nicht zivilrechtliche Angelegenheit gilt, kann es einen Freiheitsentzug von bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Bei dem vor Beginn des Gerichtsprozesses eingeleiteten aussergerichtlichen Klärungsversuch bot Luarca Harris gar die Bezahlung einer ungenannten Geldsumme an. Doch dieser blieb bei seiner Darstellung. "Ich bin nicht bereit, eine Regelung einer Anklage auf Grundlage einer finanziellen Zahlung zu „verhandeln“, wenn wir von einem Recht sprechen, in diesem Fall dem Recht auf Meinungsäusserungsfreiheit. Rechte sind nicht verhandelbar," so Harris. Der Staat Guatemala ist

laut vorheriger Entscheidung des Verfassungsgerichts nämlich der Ansicht, dass Bruce Harris, da er kein Journalist sei, eben nicht über das Recht, sich frei zu äussern verfüge – das laut Verfassungsartikel 35 jeder Person zugesprochen wird. Der Journalist W. E. Gutmann bezeichnet dieses Urteil zudem als Heuchelei, ist doch Guatemala bekannt für seinen brutalen Umgang mit Angehörigen der Presse, die ihre Meinung sagen. Zu guter Letzt kommt die aktuelle Haltung der Justiz in Verruf durch die Tatsache, dass eben jene Klägerin Luarca 1999 aufgrund von öffentlichen Aussagen Bruce Harris' im Rahmen von Untersuchungen vermeintlicher Diffamationsvorwürfe zur Rückgabe von zwei von ihr illegal zur Adoption vermittelten Babys verpflichtet wurde.

Der Ausgang des Prozesses, der von internationalen Organisationen begleitet und beobachtet wird, bleibt abzuwarten.

Privat, "offiziell" – oder für den sonstigen Gebrauch?

Guatemala, 12. Jan. Die Vermittlung internationaler Adoptionen in Guatemala, das diesbezüglich als das schwächste System in ganz Zentralamerika gilt, ist in den letzten Jahren dramatisch angestiegen.

Es gibt zwei gängige Arten der Kindsadoption in Guatemala – mittels privater oder „offizieller“ Vermittlung. Erstere wird meist von RechtsanwältInnen gemanagt, die junge und arme schwangere Frauen aufsuchen. Diese hätten zwar generell das Recht, jeder Zeit aus dem Vermittlungsprozess der Adoption auszusteigen, sind jedoch selten über dieses Recht informiert, oder es wird ihnen einfach nicht zugestanden. Die jungen Mütter sind oftmals verzweifelt und wirtschaftlich in unsicherer Lage. Einmal geködert erhalten sie während der Schwangerschaft bis nach der Geburt die beste Unterstützung und Betreuung – eine Hilfe, die im Nachhinein gegen sie verwendet wird, wenn sie ihr Kind behalten wollen. Dieses Vermittlungssystem gründet auf Nötigung und

Korruption. Laut Gesetz müssen Mütter, die ihre Kinder zur Adoption freigeben, ein Gespräch mit dem *Nationalen Generalprokurat* und einer vertretenden Person der Adoptiveltern führen. Doch selten unterziehen sich die angeheuerteten Mütter freiwillig dieser Unterredung. Stattdessen werden sie massiv bedroht, sollten sie die Zustimmung verweigern.

Das so genannte "offizielle" Vermittlungsverfahren wird angewendet, wenn ein Kind legal von einer/m RichterIn des Jugendgerichts als vernachlässigt deklariert wird. In Folge übernimmt der Staat die Rolle der „natürlichen Mutter“ und somit die Verantwortung, das Kind und dessen Interessen zu „schützen“. Die vermeintliche Seriosität dieser Vermittlung verliert schnell an Glaubwürdigkeit, betrachtet man die Kollision der staatlich vertretenen „Kindsinteressen“ mit den Ansinnen der RichterInnen, RechtsanwältInnen und schliesslich der Adoptiveltern.

Byron Alvarado von der *Sozialen*

Bewegung für die Rechte der Kinder und Jugend berichtet sogar von der Vermarktung von Kindern sowohl im Bereich des Organhandels als auch in der Kinderpornographie-Szene.

Schon 1999 berichtete die damalige *Sonderbeauftragte für Kinderhandel, -prostitution und -pornographie* der Vereinten Nationen, Mary Robinson, dass die Mehrheit der Adoptionen in Guatemala illegal erfolge. Und doch hat sich an der Situation nichts geändert. Im Gegenteil: Noch im Herbst 2003 hat der guatemaltekeische Kongress die durch die ratifizierte UN-Menschenrechtskonvention von Den Haag obligate Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Adoptionen aufgrund vermeintlicher Inkohärenz des Entwurfs suspendiert (vgl. ¡Fijáte! 294). Nur sporadisch – ähnlich wie beim guatemaltekeischen Drogensuchen und –auffinden – werden bekannte und in ganz Zentralamerika aktive Kinderhandelsringe aufgedeckt und rechtlich belangt.

Adoption: woher – wohin?

Guatemala, 02. Dez. 03. Für Gladys Acosta, UNICEF-VertreterIn in Guatemala, imponiert der Umgang mit Adoptionen vornehmlich in Guatemala, in dem im internationalen Vergleich proportional zur Bevölkerungszahl die meisten Adoptionen pro Jahr vorstatten gehen, inzwischen als Farce: Anstatt, dass Familien für Kinder gesucht würden, die eines Zuhauses bedürfen, würden mittlerweile Kinder für Eltern gesucht.

Und mit wenigen Ausnahmen sind dies Eltern im reichen Ausland, die für den Empfang von Kindern bezahlen können, die in den meisten Fällen aus armen Familien stammen, die nicht über die (finanziellen) Mittel verfügen, um selbst für ihre Sprösslinge zu sorgen, oder denen gar die

Kinder einfach weggenommen würden. – So u. a. passiert im November 2003, in dem acht Fälle bekannt wurden, in denen frischgebackene Eltern, die im Hauptstadtkrankenhaus *Roosevelt* ihr Kind zur Welt gebracht hatten, kurz nach der Geburt vom Klinikpersonal erführen, dass ihr Kind angeblich verstorben und gleich – ohne Autorisierung der Eltern – beerdigt worden sei. In Privatkliniken wurde manchem Elternpaar gar erzählt, ihr Kind hätte aufgrund einer Krankheit ins *Roosevelt* überführt werden müssen – und wäre dort dann gestorben. –

Im Jahr 2002 wurden in Guatemala 2'993 Adoptionsfälle offiziell registriert, lediglich 62 davon auf nationaler Ebene. Rund 90% der Kleinen werden in die Ver-

einigten Staaten vermittelt. Ironischerweise gibt es dagegen inzwischen für adoptionswillige Eltern, die in Guatemala leben, immense Hindernisse.

Die angegebenen Preise für eine Vermittlung variieren zwischen US-\$ 30'000 und 70'000. Entsprechende internationale Transaktionen summieren sich folglich erheblich. Dass der Grossteil der Gebühren für die „Verwaltung“ und „juristische Beratung“ beansprucht wird, wird offensichtlich selten hinterfragt.

Einige Länder, darunter Kanada, England und Holland, haben sich jedoch aufgrund der mangelnden Transparenz der Vermittlungsverfahren mittlerweile von Adoptionen aus Guatemala distanzieren.

Zucker im Regierungsgetriebe

Guatemala, 23. Jan. Nach heftiger nationaler und internationaler Kritik hob das Verfassungsgericht (CC) nun vorläufig das Regierungsdekret 1-2004 auf, das, noch von Ex-Präsident Portillo verabschiedet, die Erweiterung des zollfreien Importkontingents des Zuckers von 5'000 auf 100'000 Tonnen autorisierte. Auslöser für Portillos Entscheidung war der drastische Anstieg des Konsumentenpreises dieses Grundnahrungsmittels in den letzten Wochen um 0,20 Quetzales aufgrund des von der Zuckerindustrie erhöhten Warenpreises um 10% von 159,75 Q (ca. US-\$ 20,-) auf 174,50 Q (ca. US-\$ 22,-) pro Zentner, was mit dem erhöhten Mindestgehalt sowie höherer Transport- und Verwaltungskosten gerechtfertigt wurde.

Der Beschluss des CC ist auf die Anträge der Zuckerfabrikations-Vereinigung *Unión de Cañeros del Sur* (UCS) und des Rechtsanwalts Alberto Antonio Morales zurückzuführen, die die Artikel 171c und 239 der Verfassung für ihre Argumentation heranzogen, laut denen es allein dem Kongress vorbehalten sei, Zolltarife zu verändern.

Von Seiten der mittelamerikanischen Nachbarländer wurde Portillo zudem vorgeworfen, gegen die regionalen Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO) zu verstossen, die 14'000 Tonnen als Importmaximum für Süsstoff festlegen. Ausserdem sei ebenda vorgeschrieben, dass jegliche Importmodifikation von Produkten wie dem Zucker vom Komitee der WirtschaftsministerInnen der Region verabschiedet werden müssten. Laut dem nicaraguanischen „Zucker-Abgesandten“ Mario Amador, der mit seinem Amtskollegen aus El Salvador extra zur Unterstützung der guatemaltekischen Zucker-Industriellen ins Land gekommen war, setze die Kontingenterhöhung des Zuckerimports bis zu 3 Mio. Arbeitsplätze in ganz Zentralamerika in Gefahr.

Somit ist ein altes Problem zwischen ProduzentInnen und Regierung leicht - nuanciert - erneut auf dem Tisch. Eine ähnliche Situation zwischen dem Zuckersektor und der ausscheidenden Regierung hatte es Ende 1999 gegeben, als gegen Ende der Amtszeit von Alvaro Arzú der Zuckerpreis um 13% erhöht wurde, was den damals neuen Präsidenten Alfonso Portillo bereits zu Verhandlungen mit dem Süsstoffsektor veranlasste.

Für die *azucareros* ist der nationale Vertrieb des Zuckers von grundlegender Bedeutung, leidet die Vermarktung doch schon länger unter den Schlägen der weltweiten, subventionierten Produktion desselben. Die Marktöffnung wäre für die nationale Produktion folgenreich.

Präsident Oscar Berger steht somit vor einer besonderen Herausforderung und Gratwanderung zwischen dem Aufrechterhalten seiner Glaubwürdigkeit hinsichtlich seines politischen Diskurses, dem Vertreten der Interessen des ihm - auch in der Wahlkampagne - nahe stehenden Industriesektors und schliesslich der Minimalisierung der Folgen der Preis-

erhöhung für die VerbraucherInnen.

Die Preisangleichung auf dem internen Markt findet zu einer Zeit statt, in der der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt US-\$ 5,90 pro Zentner Rohzucker beträgt. Dabei liegt dieser laut einer Studie der *Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik* (CEPAL) deutlich unter den Produktionskosten. Ursachen dafür ist das Überangebot und die Subventionen, die Industrieländer ihrer Produktion gewährleisten. In diesem Zusammenhang weisen die guatemaltekischen ProduzentInnen darauf hin, dass die Zuckerpreise des nationalen Verbrauchs die niedrigsten in der Region seien und selbst durch die vollzogene Erhöhung bleiben würden.

Guatemala exportiert 70% seines Zuckers. Laut CEPAL-Studie funktioniert der interne Vertrieb des Zuckers derweil über Unternehmen, die von den Produktionsbesitzenden gegründet sind. Für neue Vertriebe ist eine Integration praktisch unmöglich, da die ProduzentInnen der impliziten Verpflichtung folgen, nur über die eigenen Firmen ihre Produktion zu vermarkten, um auf diese Weise den

Markt zu sichern und sich auf dem immer härteren Weltmarkt über Wasser zu halten.

Allein die Möglichkeit der Importöffnung des Zuckers stellt zwar die Öffnung des nationalen Marktes und die Gelegenheit der Entmonopolisierung eines Sektors dar, der schon immer privat gewesen ist und auf dem politischen Feld über viel Macht verfügte. Gleichzeitig wäre die Folge, einer Produktion den Schutz zu nehmen, die relativ wettbewerbsfähig ist. Diese hat es trotz des widrigen Marktes geschafft, als Exporteurin auf weltweitem Niveau zu konkurrieren und bietet so immerhin temporär eine recht ansehnliche Zahl an Arbeitsplätzen auf dem Land - von den Arbeitsbedingungen einmal abgesehen.

Nun ist es an Oscar Berger, seine Unabhängigkeit von der Oligarchie zu beweisen und durch seine Entscheidung die Wahlkampfmottos zu bekräftigen, die ihn haben Präsident werden lassen: „Der freie Wettbewerb und klare Regeln für alle“ und vor allem die Idee, dass es „keine Privilegien für niemanden“ geben wird.

Staatsterror gegen Zamora

Guatemala, 21. Jan. Der Journalist und Präsident des Verlagsrates der Tageszeitung *el Periódico*, Jose Rubén Zamora, gab in diesen Tagen die Identität von vier Personen bekannt, die mit sieben weiteren am Morgen des 24. Juni vergangenen Jahres, sich als Angestellte der Staatsanwaltschaft ausgebend, in sein Wohnhaus, eindringen und die anwesende Familie nebst Hausangestellten mit Waffengewalt angriffen und bedrohten (vgl. ¡Fijate! 289). Drei Tage nach dem Vorfall verliess die Familie aus Sicherheitsgründen das Land.

Drei voneinander unabhängige Untersuchungen auf Zamoras eigene Rechnung stimmten im Ergebnis überein und weisen auf vier in das Verbrechen involvierte Personen hin, die derzeit noch im Staatsdienst tätig sind. Dabei handelt es sich um den Oberfeldwebel Eduviges Funes Velásquez vom inzwischen aufgelösten Präsidialen Generalstab (EMP), dem EMP-Militär Belter Armando Álvarez Castillo, Erick Alexander Johnston Barrera, Vertrauensmann von Generalstaatsanwalt David de León Argueta und der Staatssicherheitsagentin der *Nationales Zivilpolizei* (PNC) Iris Edith Soto López.

Zur Zeit des Überfalls bis zum 30. Oktober war Funes Velásquez Chef der „Gruppe B“, verantwortlich für „Spezialaufgaben“ des EMP. Damit hatte er denselben Hierarchieposten wie Obdulio Villanueva inne, Chef der „Gruppe A“, der wegen Mordes an Bischof Juan Gerardi verurteilt und dann im Gefängnis ermordet wurde. Obwohl Ex-Präsident Portillo von der Beteiligung Funes Velásquez am 24. Juni wusste, entschädigte er ihn bei seiner Entlassung aus dem EMP mit mehr als 100'000 Quetzales (ca. US-\$ 12'500) und versetzte ihn in die Steuerverwal-

tungsbehörde SAT. Dessen Leiter Marco Tulio Abadío gab seine Zustimmung.

Johnston Barrera ist Mitglied der Staatsanwaltschaft und gehörte in der Zeit des Überfalls zum Spurensicherungsteam. Mit dieser „Erklärung“ versuchte er sich nun auch aus der Anschuldigung herauszuwinden, doch Zamora blieb bei seiner Aussage gegen ihn als Mitangreifer. Wenige Monate nach dem Vorfall wurde Johnston zum Leiter eines der technischen Spurensicherungsteams und berichtet seitdem direkt dem Generalstaatsanwalt.

Álvarez Castillo arbeitete laut *el Periódico* im „Archiv“ des EMP und war für „dreckige Aufgaben“ angestellt. Für gleiches sei er auch vom Innenministerium beschäftigt worden, so die Zeitung.

Aufgrund der Tatenlosigkeit der verantwortlichen staatlichen Stellen setzte Zamora einen Privatermittler zur Untersuchung des Falles ein, liess die Untersuchungen über den periodistischen Weg verfolgen und zählte zudem mit einem von Ex-Präsident selbst eingesetzten Offizier als Ermittler. Bereits im September 2003 teilte Zamora die Ergebnisse sowohl Portillo als auch Ex-Aussenminister Edgar Gutiérrez mit. Mit letzterem als Zeugen bot Portillo die Veröffentlichung der Anklage an - aber erfüllte sein Angebot nie.

Adolfo Reyes Calderón, Ex-Innenminister, versuchte schon letztes Jahr die Involvierten zu entlasten: Laut Aussagen vom Sicherheitspersonal des Journalisten habe sich dieser die Geschichte vom Überfall ausgedacht, da er grosse Schulden gehabt habe und sein Image aufbessern musste. Dumm nur, dass Zamora seit rund sechs Jahren gar kein Sicherheitspersonal mehr hat.

Die Regierung Berger verpflichtete sich bereits zur Ermittlung.

